

MITTWOCHSKOLUMNE

Am 1. Oktober nehmen mehr als 300 EU-Beobachter im Kaukasus ihre Arbeit auf. Das Mandat wurde für ein Jahr erteilt und läuft am 20. September 2009 ab. An der Spitze der Mission aus Vertretern der 22 Staaten steht der deutsche Krisen-Diplomat Hansjörg Haber.

Diese Entscheidung, die persönlich vom EU-Chefdiplomaten Javier Solana getroffen wurde, scheint gut durchdacht zu sein. Haber spricht Russisch und bekleidete zweimal Diplomatentposten in Moskau. Die Mission ist im Prinzip Teil des Sechs-Punkte-Friedensplans, der vom derzeitigen EU-Ratspräsidenten Nicolas Sarkozy und dem russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew vereinbart wurde. In Punkt 5 des Dokuments ist ein sogenannter „internationaler Mechanismus“ erwähnt, der künftig das russische Militär ersetzen soll. Wo und wann, ist noch unklar.

Letzte Woche erklärte Medwedew, dass die Russen

bis Mitte Oktober „das Territorium Georgiens“ vollständig verlassen sollten. Aber welches Georgien? Das Staatsgebiet Georgiens wird in Russland anders gesehen als im Westen oder in Georgien selbst. Moskau hat Südossetien und Abchasien als unabhängige Staaten anerkannt. Mehr noch: Zwei Tage, nachdem die ersten europäischen Beobachter in Georgien eingetroffen waren, kündigte Putin die Abschaffung der Kontrollen an der Grenze zu Südossetien an. Und am nächsten Tag, dem 26. September, erklärte Tiflis die abtrünnigen Provinzen zu „besetzten Gebieten“. Insofern ist das Ziel der Europäer, den Beobachtungsprozess in allen georgischen Regionen zu gewährleisten, ein äußerst schwieriges Unterfangen. Wenn die Grenzkontrollen, wie Putin verspricht, abgeschafft werden, könnte man sich vorstellen, dass die südossetische Region de facto zu einem Teil Russlands wird. Der EU-Einsatz im Kauka-

Von außen betrachtet



Andrey Kobayakov

Kaukasisches Labyrinth

Der russische Journalist über die Zukunft im Kaukasus

...us ist kostspielig. Offiziellen Quellen zufolge zehlt Brüssel insgesamt 31 Millionen Euro für das Haber-Team ab. Außerdem will die EU Georgien mit einer Finanzhilfe in Höhe von 500 Millionen Euro unterstützen. Ob davon auch die abtrünnigen (immer-

hin georgischen) Provinzen etwas abbekommen, ist ebenfalls unklar. Es ist anzunehmen, dass man in Brüssel rechnen kann und die Millionen nicht umsonst ausgeben will. Obwohl es nur schwer zu glauben ist, dass die Kaukasus-Krise binnen eines Jah-

res gelöst werden kann. Aber wann dann? Die häufigste Frage und die häufigste Antwort darauf lauten übrigens typisch russisch: „Was tun?“ und „Sich mit Geduld wappnen“. Wer dennoch Prognosen wagen möchte, sollte zuerst die Ursachen des russischen Einsatzes in Georgien genauer betrachten. Es sind höchstwahrscheinlich drei:

Moskau wollte erstens den Nato-Beitritt von Georgien und der Ukraine blockieren, zweitens Saakaschwilis Macht untergraben oder ihn gleich ganz stürzen und drittens den geopolitischen Einfluss auf die ganze kaspische Region zurückgewinnen.

Dabei hatte der Kreml aller Wahrscheinlichkeit nach die Ereignisse des 8. August nicht minutiös geplant. So würde sich die Verzögerung bei der Reaktion auf den georgischen Angriff auf Tschinwali erklären. Alle Entscheidungen traf Moskau vermutlich überhasst und machte dabei einen fatalen Fehler: Durch die separate Anerkennung beider

Provinzen büßte Russland die Möglichkeit ein, künftig mit der Anerkennung zu drohen, und gab sich damit einer wichtigen politischen Trumpfkarte.

Was die weiteren Schritte Russlands angeht, könnte man grob zwei Entwürfe skizzieren. Dem einen zufolge könnte der Kreml Vabanque spielen, um sich weiter als einflussreiche Weltmacht zu positionieren. Dem anderen zufolge könnte Moskau zwar auf einen Kompromiss hinarbeiten, aber gleichzeitig alles versuchen, um die Spaltung zwischen EU und Nato zu vertiefen. Ein idealer Hintergrund für das Duo Medwedew-Putin, um den künftigen US-Präsidenten zu testen.

Allerdings sollte man stets an Winston Churchills berühmte Beschreibung russischer Politik denken: „Eine Knobelaufgabe, verpackt in ein Geheimnis im Inneren einer Chiffriermaschine.“ (Russia is a riddle wrapped in mystery inside an enigma, 1939, BBC-Interview).

AKTUELLES IN KÜRZE

HAMBURG Kraftwerk gebilligt

Der Energiekonzern Vattenfall darf das umstrittene Steinkohlekraftwerk Hamburg-Moorburg bauen. Die Grünen-Umweltsenatorin Anja Hajduk genehmigte das Projekt gegen den ausdrücklichen Willen ihrer Partei. „Aus rechtlichen Gründen ist Vattenfall der Bau des Kohlekraftwerkes Moorburg nicht zu versagen. Aus ökologischen Gründen sind beim Betrieb des Kraftwerks erhebliche Einschränkungen nötig, so dass wir die wasserrechtliche Erlaubnis mit strengen Auflagen versehen haben“, sagte Hajduk auf einer Pressekonferenz im Hamburger Rathaus.

dpa

AFGHANISTAN Karsai will den Dialog

Der afghanische Präsident Hamid Karsai hat Saudi-Arabien um Hilfe bei der Vermittlung von Friedensgesprächen mit den radikalislamischen Taliban gebeten. Er wolle die Aufständischen ermutigen, ihre Waffen niederzulegen, erklärte Karsai.

ap

Das Datum

1. Oktober 1988: Die Abgeordneten des Obersten Sowjet der UdSSR wählen den reformorientierten Parteichef Michail Gorbatschow in einer kurzfristig einberufenen Sondersitzung einstimmig zum neuen Staatsoberhaupt.

1. Oktober 1958: Die US-Raumfahrtbehörde Nasa nimmt ihre Arbeit auf.

GROSSBRITANNIEN Terrordatei verkauft

Ein Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes hat einem Medienbericht zufolge beim Internet-Auktionshaus Ebay eine Kamera versteigert, auf der vertrauliche Daten waren – etwa Namen von Terrorverdächtigen. Die Polizei stellte die Kamera sicher.

TÜRKEI Ramadan beendet

Mit dem ersten Frühstück seit Wochen und Morgenbeten haben Muslime in der Türkei und den meisten arabischen Ländern gestern den Fastenmonat Ramadan beendet. Im Ramadan schreiben die Fastenregeln vor, dass man zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang weder isst noch trinkt oder raucht und auch sexuell enthalten ist.

dpa

KOSOVO Teilung möglich

Der serbische Präsident Boris Tadic hat erstmals eine mögliche Teilung der früheren Provinz Kosovo ins Spiel gebracht. „Ich bin bereit, über eine solche Option nachzudenken, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind“, sagte er in Belgrad.

SPANIEN 229 Bootflüchtlinge

Ein Flüchtlingsboot mit einer Rekordzahl von 229 Afrikanern an Bord ist nach Teneriffa gelangt. Wie der Rundfunk RNE berichtete, hatten noch nie zuvor so viele illegale Immigranten mit einem einzelnen Boot spanisches Gebiet erreicht.

HESSEN



Breites Strahlen: Koch-Herausforderin Andrea Ypsilanti.

Ypsilanti übersteht Wahl-Generalprobe

Wiesbaden – Eine regierungsfähige Mehrheit von 56 Landtagsabgeordneten hat der hessischen SPD-Vorsitzenden Andrea Ypsilanti die Unterstützung für einen Machtwechsel zugesichert. In getrennten Probeabstimmungen votierten gestern alle Abgeordneten der Grünen und Linken sowie 41 der 42 SPD-Parlamentarier für Ypsilanti. Lediglich die Darmstädter SPD-Abgeordnete Dagmar Metzger enthielt sich der Stimme. Das hatte sie vor der Abstimmung bereits deutlich gemacht. Die Darmstädter Abgeordnete will die SPD-Landesvorsitzende nur dann zur Ministerpräsidentin wählen, wenn sich diese nicht auf die Linkspartei stützt.

Ypsilanti sprach nach den Abstimmungen von einem „Signal der Geschlossenheit“. Die SPD-Fraktion wolle, dass eine rot-grüne Minderheitsregierung mit Unterstützung durch die Linkspartei gebildet werde. Sie werde dem SPD-Landesparteitag am Wochenende vorschlagen, diesen Weg zu gehen. Sollten die Delegierten ihrem Vorschlag folgen, werde die SPD sofort Koalitionsverhandlungen mit den Grünen aufnehmen.

Die Grünen hatten die geheimen Probeabstimmungen in den Fraktionen zur Vorbereitung für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen gemacht. Für die Wahl Ypsilantis zur hessischen Regierungschefin sind mindestens 56 Stimmen im Landtag erforderlich. Ypsilanti kann daher nur mit der denkbar knappsten Mehrheit rechnen.

„Ich kann heute feststellen, dass die SPD-Fraktion die nötige Geschlossenheit hergestellt hat“, sagte Grünen-Chef Tarek Al-Wazir. „Es gibt eine knappe, aber eine hinreichende Mehrheit.“ SPD und Grünen stünden nun vor harten Verhandlungen, besonders bei den Themen Verkehr, Bildung und Umwelt. Al-Wazir forderte von den Linken erneut einen Beweis der Verlässlichkeit. So müsse die Linkspartei schriftlich zusichern, dass sie dem Landeshaushalt zustimme und an der Novellierung wichtiger Gesetze konstruktiv mitwirke. Linken-Fraktionschef Willi van Ooyen sagte, die Abgeordneten seiner Fraktion hätten mit ihrem Votum für Ypsilanti deutlich signalisiert, dass sie die Zusammenarbeit mit SPD und Grünen wollten.

DDP

KASSENBEITRAG

Wie teuer wird die Gesundheit?

15,5 Prozent Beitrag oder mehr? Seit Monaten wird spekuliert, wie tief die gesetzlich Krankenversicherten ab 2009 in die Tasche greifen müssen. Über der Antwort brüten derzeit Experten. Eines ist aber klar: Für die meisten wird es deutlich teurer.

VON STEFFEN HABIT

München – Es ist ein exklusiver Zirkel: Seit Montag tagen Vertreter des Gesundheitsministeriums, der Bundesversicherungsanstalt, der Krankenkassen, der Bundesbank und des Statistischen Bundesamtes hinter verschlossenen Türen. Ihr Auftrag: Den Finanzbedarf der Krankenkassen für 2009 zu ermitteln. Eine komplizierte Berechnung – von ihr hängt aber viel ab. So legt der Schätzerkreis fest, wie viel die 51 Millionen gesetzlich Versicherten künftig für die Krankenkasse zahlen müssen.

Der neue, bundesweit einheitliche Beitragssatz gilt als Kern der umstrittenen Gesundheitsreform (siehe Kasten). Bisher bestimmten die Kassen selbst ihren Beitrag – die Spanne reichte von 12,5 bis knapp über 16 Prozent. Damit ist künftig Schluss. Experten erwarten einen neuen Einheitsbeitrag zwischen 15,5 und 15,8 Prozent. Derzeit liegt der Durchschnittssatz bei 14,92 Prozent.

Vor allem Versicherte günstiger Kassen werden die Reform schmerzhaft zu spüren bekommen. Steigt der Beitrag etwa um einen Prozentpunkt, bedeutet dies bis

zu 36 Euro Mehrbelastung im Monat. Auch die Arbeitgeber fürchten einen Beitrags-sprung. „Ein Anstieg über das aktuelle Rekordniveau von 14,9 Prozent würde die zu erwartende Abschwächung des

Wirtschaftswachstums verschärfen“, warnte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt.

Warum sind überhaupt höhere Beiträge nötig? Rund 160 Milliarden Euro geben die Krankenkassen in diesem



Teure Gesundheit: Experten beraten derzeit über die künftige Höhe des Beitragssatzes.

FOTO: DPA

Wie der Gesundheitsfonds funktioniert

Der umstrittene Gesundheitsfonds startet am 1. Januar 2009. In den großen Geldtopf fließen die Kassenbeiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie Steuermittel. Die Gesamtsumme verteilt der Fonds an die Krankenkassen. Jede Kasse bekommt für jeden Versicherten eine Zuweisung. Der Betrag richtet sich nach Alter und Geschlecht. Kommt eine Kasse mit dem ihnen zugewiesenen Geld nicht aus, muss sie von ihren Mitgliedern einen Zusatzbeitrag verlangen. Haben Kassen Geld übrig, können sie ihren Mitgliedern eine Prämie auszahlen.

RHEINLAND-PFALZ

Rauchverbot verfassungswidrig

Koblenz – Das rheinland-pfälzische Rauchverbot in kleinen Kneipen verstößt gegen die Verfassung. Betreiber von Ein-Raum-Lokalen würden in ihrem Recht auf freie Berufsausübung und in der Freiheit zur selbstständigen wirtschaftlichen Betätigung verletzt, da sie keinen separaten Raucherraum einrichten könnten, erklärte der Verfassungsgerichtshof in Koblenz. Als Folge wären existenzgefährdende Umsatzrückgänge möglich. Der Gesetzgeber müsse den Nichtraucherschutz in Ein-Raum-Kneipen bis Ende 2009 neu regeln.

dpa

ÖSTERREICH

SPÖ dringt auf Große Koalition

Designierter Regierungschef Faymann will nur mit ÖVP reden



Josef Pröll soll an die Spitze der ÖVP rücken

zum SPÖ-Chef ernannten Werner Faymann.

Unterdessen reichte die amtierende Koalitionsregierung von Kanzler Alfred Gusenbauer beim österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fi-

scher ihren Rücktritt ein. Sie wird jedoch die Amtsgeschäfte bis zur Vereidigung eines neuen Kabinetts fortführen.

Faymann (48), dessen SPÖ trotz deutlicher Verluste mit knapp 30 Prozent noch stärkste Partei im Nationalrat wurde, bekräftigte seine Absicht, nach dem deutlichen Zugewinn für die zwei Rechtsparteien FPÖ und BZÖ „ausschließlich“ mit der ÖVP über eine Koalition sprechen zu wollen. Wenn er den Auftrag zur Regierungsbildung habe, werde er sich „sehr ernsthaft darum bemühen“.

dpa

NEUWAHL

Ulrike Mascher führt den VdK

Berlin/München – Der Sozialverband VdK wird erstmals von einer Frau geführt: Die bayerische VdK-Landesvorsitzende und frühere Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Ulrike Mascher (SPD), ist in Berlin zur Nachfolgerin des langjährigen Präsidenten Walter Hirrlinger (82) gewählt worden. Auf einem außerordentlichen Bundesverbandstag votierten 148 von 196 Delegierten für Mascher. Nach ihrer Wahl kündigte die 69 Jahre alte Münchnerin an, den Kampf für den Erhalt des Sozialstaats und gegen Armut fortzusetzen.

GEORGIEN

EU darf nicht in die Pufferzonen

Moskau – Die EU-Beobachter in Georgien dürfen heute zum offiziellen Einsatzbeginn nach russischen Angaben nicht in die sogenannten Pufferzonen um Abchasien und Südossetien. Die zur Überwachung des Waffenstillstands eingesetzten Experten müssten vor den Sicherheitszonen bleiben, sagte ein russischer Militär-Sprecher. Dieser Vorgabe hätten alle beteiligten Seiten zugestimmt. Nach EU-Angaben sollen die Experten den Rückzug russischer Soldaten bis spätestens zum 10. Oktober aus jenen Pufferzonen überwachen.

dpa